



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz fordert sozial gerechte Krisenbekämpfung!

11.03.2022, Hannover

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen warnt angesichts permanenter Preissteigerungen: Inflation ist ein hohes Armutsrisiko, verschärft die Spaltung in der Gesellschaft und kann zu sozialen Spannungen führen. Die LAK fordert daher eine sozial gerechte Krisenbekämpfung.

Klaus-Dieter Gleitze, Geschäftsführer der LAK Niedersachsen, weist daraufhin:

„Im Februar lag die Teuerungsrate bei 5,1 Prozent, dabei sind die Folgen des Krieges in der Ukraine noch nicht eingepreist. Ökonomen wie der DIW-Präsident Marcel Fratzscher rechnen mit Inflationsraten bis zu 10 Prozent und mit einer wirtschaftlichen Rezession.

Verlierer dieser Entwicklung sind Menschen, die von Armut bedroht sind. Jede Notsituation kann für sie zur Katastrophe werden. Die unteren 30 bis 40 Prozent in Deutschland besitzen so gut wie keine nennenswerten Rücklagen, um Notsituationen zu überbrücken. Ganz anders am oberen Ende der Gesellschaft: Die obersten zehn Prozent besitzen einen Anteil von etwa zwei Dritteln des gesamten Vermögens. Verteuerung von Energie und Lebensmitteln stellen für sie kein Problem dar. Sie zählen zu den Gewinnern von Krisensituationen durch steigende Immobilienpreise und wachsende Aktienkurse nach Kriegsende.

Die materielle Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich ist primär gekennzeichnet nicht durch eine Einkommensungleichheit, sondern durch die bei den Vermögen. Wenn sich, wie absehbar, dieser Trend verstärkt, wird das für soziale Spannungen sorgen.

Selbst Wirtschaftsminister Habeck warnt bei einer Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation vor „gesamtgesellschaftlichen Schäden schwersten Ausmaßes“, wobei er gesellschaftliche Verwerfungen explizit einschließt.

Wir brauchen eine sozial gerechte Krisenbewältigung.

Solidarität mit Flüchtenden aus der Ukraine ist notwendig und wünschenswert. Aber gesellschaftliche Solidarität muss für alle gelten, auch für Arme hierzulande. Solidarität muss unteilbar sein. Wenn die Gesellschaft nicht danach handelt, ist das Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten und führt zu zusätzlicher Verschärfung der Spaltung.

Daher fordert die LAK Niedersachsen:

- Eine sozial gerechte Krisenbekämpfung*
- Eine angemessene Beteiligung von Superreichen im Rahmen einer Vermögensabgabe an der Finanzierung unseres solidarischen Gemeinwesens*
- Keine Schuldenbremse. Ihre Einhaltung würde Kürzungen im Sozialbereich und bei den Infrastruktur-Ausgaben bedeuten und dem dringend benötigten sozialökologischen Umbau der Gesellschaft Schaden zufügen.*
- Sofortige Einmal-Konsumhilfe in Höhe von 1000 Euro pro Kopf für Arme*

Info:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze

Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen - Geschäftsführer

Kontakt: 0160 99 50 41 61